

Rede von Sven Volmering anlässlich der Wahl zum Landesvorsitzenden der Jungen Union NRW am 18.11.2006 in Oelde

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Freundinnen und Freunde! Verehrte Gäste!

Wenn wir heute unseren NRW-Tag durchführen, können wir selbstbewusst feststellen, dass wir mit knapp 34.000 Mitgliedern und tausenden Amts- und Funktionsträgern die größte und erfolgreichste politische Jugendorganisation in Nordrhein-Westfalen sind.

Dies, lieber Hendrik Wüst, ist ein Erfolg, den wir uns gemeinsam mit Dir an der Spitze durch harte Arbeit erkämpft haben. Jeder JU´ler weiß, mit wie viel Herzblut und Leidenschaft Du dieses Amt bekleidet hast. Es ist absolut verdient, dass Du die „Versetzung“ von der Wasserstraße 5 in die Wasserstraße 6 geschafft hast.

Aber ich möchte Dir – um in der Lehrersprache zu bleiben – an dieser Stelle nicht nur „Danke“ sagen, sondern auch eine „kleine Hausaufgabe“ auftragen, von der wir alle sicher sind, dass Du sie erfüllen wirst, weil Du auch weißt, wie sie gemeint ist.

Wir haben als Folge der letzten 3 Bundestagswahlergebnisse der Union, die alle unter 40 Prozent lagen, auf verschiedenen Ebenen immer wieder eine Wahlanalyse und eng damit verbunden eine Debatte über die Strukturen unserer Mutterpartei gefordert. Unsere gesamte Partei muss von der Orts- bis zur Bundesebene professioneller werden. All das, was für uns JU´ler selbstverständlich ist – dass wir uns in Seminaren weiterbilden, um inhaltlich an den Infoständen und in persönlichen Gesprächen die Bürger mit Fakten und Argumenten zu überzeugen, dass wir in Wahlkämpfen bis zum Schluss um jede Stimme kämpfen und

die Wahlkampfaktivitäten nicht schon 3 Tage vor der Wahl einstellen, muss dringend auf die CDU übertragen werden. Wir alle wünschen uns, dass Dein Ziel, die CDU in NRW zur gefühlten „Regierungspartei“ zu machen, Früchte tragen und die Bundesebene erreichen wird.

Bei dieser Herkulesaufgabe wünsche ich Dir – lieber Hendrik – alles Gute und Gottes Segen!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Der Wechsel im Amt des Landesvorsitzenden ist in zweifacher Hinsicht eine Zäsur. Zum einen für den Verband, der gespannt wissen möchte, wie es mit der Jungen Union in Nordrhein-Westfalen weitergeht. Zum anderen stellt der heutige Tag für mich als Kandidat einen Einschnitt, eine große Herausforderung dar.

Ich bin Sven Volmering, 30 Jahre alt und komme aus Bocholt im Kreis Borken. In die Junge Union bin ich 1991, in die CDU 1992 eingetreten. Ursachen dafür waren zum einen meine Familie, alles klassische, treue CDU-Wähler, zum anderen die erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik Helmut Kohls. Für Kritiker, die bis heute behaupten, die Wiedervereinigung hätte jeder x-beliebige Kanzler erreicht, habe ich „null“ Verständnis. Jeder, der die Geschichte kennt, weiß, dass mit einem Kanzler Johannes Rau oder einem Kanzler Oskar Lafontaine die Einheit unseres Vaterlandes nicht realisiert worden wäre; wenn 1989/1990 Gerhard Schröder Kanzler gewesen wäre; wäre Deutschland heute eine Teilrepublik Russlands; nein liebe Freunde, wir können alle immer noch froh sein, dass damals die CDU regiert hat.

Von 1992 bis 2001 war ich JU-Stadtverbandsvorsitzender in Bocholt, seit 2003 leite ich den Bezirksverband Münsterland. Innerhalb der CDU habe ich seit 1992 verschiedene Positionen bekleidet; hier sei auf den Kandidatenbogen verwiesen. Beruflich arbeite ich als Geschichts- und Sozialwissenschaftslehrer an einem Bocholter Gymnasium.

Liebe JU´ler,

ich sage es offen und ehrlich, dass ich sehr froh bin, dass mir ein dauerhafter Berufseinstieg gelungen ist. Viele junge Menschen in Deutschland können das leider nicht sagen. Ich möchte an dieser Stelle keine Ursachenforschung betreiben, warum dies so ist, aber es kann uns als „Anwalt der jungen Generation“ nicht kalt lassen, wenn in Nordrhein-Westfalen Ende September 2006 über 10.000, bundesweit knapp 50.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz waren; uns kann es nicht egal sein, dass bei aller Freude über die ersten Tendenzen einer Belebung auf dem Arbeitsmarkt mit der Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Jobs nach wie vor 462.000 junge Menschen unter 25 arbeitslos sind. Es ist sehr zu begrüßen, dass die Landesregierung neben dem Werkstattjahr zum 01.11.06 ein Sonderprogramm in Höhe von 90 Millionen Euro zur Behebung der Ausbildungsplatzlücke zur Verfügung stellt. Wenn jungen Menschen Perspektiven geboten werden, stellt sich auf die Dauer auch die Frage nicht mehr, warum es dazu kommen kann, dass die NPD teilweise bei Jungwählern große Erfolge erzielt. Es bringt in diesem Zusammenhang nichts, ständig über ein Verbot der NPD zu diskutieren. Aufgabe der Politik ist es, den Sumpf der Perspektivlosigkeit, der der Nährboden für die Extremisten ist, auszutrocknen. Wenn wir das schaffen, brauchen wir uns auch keine Sorge um die Akzeptanz der Demokratie bei jungen Menschen zu machen.

Aber die Schwierigkeit, auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft „Fuß zu fassen“ betrifft ebenso gut ausgebildete, junge Kräfte, für die der Name „Generation Praktikum“ geprägt wurde. Hier ist auch die Wirtschaft gefordert! Es kann nicht sein, dass man immer wieder von der Politik eine Verbesserung der Rahmenbedingungen fordert, gleichzeitig sich aber aus der Verantwortung für die junge Generation zieht; einer Generation, die vor sehr großen Herausforderungen steht und die der Focus vor dem Hintergrund der enormen Staatsverschuldung, der vielen ungelösten Probleme der sozialen Sicherungssysteme als „Generation der Zahlmeister“ bezeichnet hat. Wir wissen, dass wir bis zum 67. Lebensjahr arbeiten, lebenslang Lernen und Eigenvorsorge betreiben müssen. Im Gegenzug darf die junge Generation in Deutschland jedoch eins erwarten. Das große politische Ziel „Generationengerechtigkeit“, darf nicht zu einer inhaltslosen Leerformel werden, die nur in Sonntagsreden verwendet wird, aber ihren Niederschlag nicht in der aktuellen Politik findet. Und das ist bei der Gesundheitsreform passiert. Das Gütesiegel „Generationengerecht“ hat diese Reform sicher nicht verdient.

Die inhaltlichen Ziele, wofür wir gekämpft haben; in Leipzig auf dem Parteitag, im Bundestagswahlkampf, viele programmatische Punkte, mit denen wir auch Wahlen gewonnen haben, wurden nur unzureichend umgesetzt. Diese Reform berücksichtigt nicht die Anliegen unserer Generation; sie enthält keine „Demographievorsorge“, und daher – lieber Philipp Mißfelder - gibt es im Bundestag nur eine richtige Antwort auf dieses Vorhaben! Du hast an verschiedenen Stellen gesagt, dass Du diese Antwort geben und im Bundestag mit „Nein“ stimmen willst! Selbst wenn manche CDU-Politiker das nicht gerne hören wollen und mit „Zukunftsplanungen“ drohen, kann ich Dich nur bestärken so zu handeln! Die Junge Union steht dabei fest an Deiner Seite!

Vor diesem Hintergrund hat Norbert Lammert letzte Woche im Rahmen der Bezirksversammlung der JU Ruhrgebiet in einer nachdenklichen Analyse bemerkenswerte Dinge gesagt über die momentane Lage der CDU und die Grundsatzprogrammdebatte; aber in einem Punkt bin ich gegenteiliger Auffassung. Er hat den indirekten Hinweis gegeben, dass die Junge Union in dieser Situation die Aufgabe hat, negative Stimmungen in der Bevölkerung nicht noch zu verstärken. Dem möchte ich widersprechen. Jeder weiß, dass wir die treuesten Fans der CDU sind. Aber unsere Aufgabe als JU ist es, auch wenn es weh tut, unbequeme Wahrheiten zu sagen. Wir müssen der „Pfahl im Fleisch der CDU“ sein!

Weil wir alle schon jetzt wissen, dass diese Gesundheitsreform nicht das letzte Wort sein wird, werden wir weiter für unsere Vorstellungen kämpfen! Die nächste Gelegenheit bietet sich bei der Reform der Pflegeversicherung und die JU wird sehr genau beobachten, ob Frau Merkel ihr Wort vom Deutschlandtag in Wiesbaden hält, hierbei die Interessen der jüngeren Generation zu berücksichtigen! Ich wünsche mir sehr, dass es uns gelingt, das bisherige System auf eine kapitalgedeckte private Pflichtvorsorge umzustellen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass sich programmatische und ideelle Beharrlichkeit und Standfestigkeit irgendwann auszahlen!

Genau dies ist in der Grundsatzprogrammdebatte gefordert. Der NRW-Tag ist der Startschuss für eine Debatte, die wir in den nächsten Wochen und Monaten führen werden! Die Landes-JU wird zukünftig verstärkt mit dem Instrument von mitgliederoffenen Fachkongressen arbeiten, auf denen wir verschiedene politische Themen kontrovers mit Fachleuten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur diskutieren. Einer dieser

Kongresse wird sich mit der Grundsatzprogrammdebatte auseinandersetzen. Ich plädiere dafür, jeden inhaltlichen Vorschlag, der gemacht wird, sehr ernst zu nehmen. Diese Debatte hat neben der Selbstvergewisserung, einem Bekenntnis zu unseren Wurzeln, dem christlichen Menschenbild und unseren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die wichtige Aufgabe, das Profil der Union in der Großen Koalition zu schärfen. Dabei gilt ein Grundsatz: es kann nicht sein, dass aus jeder Sachfrage eine Personalfrage gemacht wird!

Unser Ministerpräsident hat in diesem Jahr – ich denke, dies ist nicht gelogen – mehrere kontroverse Debatten entfacht; aktuell ist die Frage der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes 1 in der Diskussion! Ein Vorschlag, der sicherlich dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen entspricht, der aber auf der Finanzierungsseite noch einige offene Punkte hat, die im Sinne einer „generationengerechten Politik“ auf Dauer beantwortet werden müssen. Das müssen wir ausdiskutieren, dazu sind Parteitage da.

Grundsätzlich begrüße ich es sehr, dass die NRW-CDU das tut, was wir als Nordrhein-Westfalen innerhalb der JU Deutschlands schon lange getan haben, nämlich aktiv politische Diskussionen voranbringen! Wir müssen jetzt diskutieren und nicht wie beim letzten Mal eine Woche vor der Bundestagswahl!

Wichtig ist dabei, dass eine ehrliche Politik sagt, was sie konkret meint. Das gilt sowohl für die CDU als auch für die Junge Union. Wenn wir es dank Friedrich Merz und Norbert Lammert geschafft haben, die Debatte über den Begriff der „Leitkultur“ zu unseren Gunsten zu entscheiden,

dann gehört er auch in das CDU-Grundsatzprogramm! Ich kann wirklich nicht verstehen, wie man dies in einem ersten Entwurf nicht tun konnte.

Aber wir müssen auch selbstkritisch sein. Wenn wir in unserem Antragspapier indirekt sehr deutlich auf die Probleme hinweisen, die ein Beitritt der Türkei zur EU mit sich bringt, den wir ablehnen, weil wir die Privilegierte Partnerschaft für das bessere Modell halten, dann müssen wir das sagen. Und wenn ein Antrag zum Thema „Kumulieren und Panaschieren“ vorliegt, dann plädiere ich dafür, dass wir diesen Antrag nicht in den Landesvorstand überweisen, sondern unsere Entscheidung treffen, auch wenn sie manchem in der CDU-Landtagsfraktion nicht gefallen mag. Der NRW-Tag ist das höchste Beschlussgremium unserer Organisation, nicht der Landesvorstand!

Jeder, der noch in Erinnerung hat, dass auf Antrag des Münsterlandes zum ersten Mal „Kumulieren und Panaschieren“ aus einem JU-Programm herausgestrichen wurde, weiß damit auch, wo ich inhaltlich stehe!

Unsere Aufgabe beim Grundsatzprogramm wird es sein, insbesondere den Begriff der „Generationengerechtigkeit“ mit Leben zu füllen. Dabei ist mir wichtig, dass wir den Begriff weiter fassen als bisher. Neben der Frage der Reform der sozialen Sicherungssysteme, der Forderungen nach einem Stopp der Neuverschuldung, einem kontinuierlichen Schuldenabbau, der Vorlage verfassungsgemäßer Haushalte, einer vernünftigen, zukunftsweisenden Energiepolitik inkl. Kernenergie sowie einer werteorientierten Familienpolitik gehört auch die Bildungspolitik zum Kernbestand des Begriffs „Generationengerechtigkeit“.

Wer mitbekommen hat, was die Sozialdemokraten und die Jusos in NRW planen, der weiß, dass die weiterhin einen Kulturkampf in der Schulpolitik führen wollen. Unisono fordern SPD und Jusos „Eine Schule für Alle“ – das heißt nichts anderes, als dass alle Schüler bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen sollen, was de facto einer Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems gleich käme.

Liebe Freundinnen und Freunde

Das ist Schwachsinn! Die SPD ist nicht in der Lage, nicht willens und nicht fähig, endlich die Konsequenzen aus der Pisastudie und den Erfolgen Bayerns, Sachsens und Baden-Württembergs in der Schulpolitik zu ziehen. Es ist ein Beleg dafür, dass wir eine SPD haben, die jeglichen Bezug zur Realität in diesem Land verloren hat, die saft- und kraftlos herumhampelt; der nach 39 Jahren Regierungsverantwortung, in der sie die Staatsverschuldung auf 112 Mrd. Euro hat anwachsen lassen, nichts besseres einfällt als direkt gegen den ersten Landeshaushalt der neuen Regierung zu klagen und ständig über ihre Fraktionen in den Kommunen beleidigte Anfragen und Anträge stellt, mit denen bewiesen werden soll, dass hier in NRW gerade die Welt zusammenbricht. Dieses peinliche Gebaren beweist, dass die Oppositionsbänke für die Sozialdemokraten die richtigen Plätze sind.

Nichtsdestoweniger gilt es für uns als JU die Landespolitik zu verfolgen und Debatten anzustoßen. Die neue Landesregierung hat sehr viele Erfolge erzielt, trotz mancher auch parteiintern schwieriger Debatten bspw. im Bereich der Schulbezirke oder der Kindergartengebühren. Aber die Bürger in NRW honorieren in den Umfragen, dass die CDU das umsetzt, was vor der Wahl gesagt worden ist – mehr Lehrer, weniger Bürokratie, Sanierung der Staatsfinanzen. Die Familienzentren sind ein

großer Erfolg geworden, dem die Sozis und Grünen zähneknirschend in den Kommunen zuschauen müssen, der Verkauf der LEG ist ein richtungsweisender Beschluss, der wirtschaftspolitische Vernunft und soziale Gerechtigkeit miteinander verknüpft, in der Integrationspolitik setzen wir das Konzept „Fördern und Fordern“ konsequent um. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Unternehmensinsolvenzen gehen zurück – kurzgesagt – „NRW ist das Aufsteigerland 2006“.

Aber wir müssen diesen Weg konsequent vorantreiben. Deswegen werden wir im Mai nächsten Jahres zum 2. Jahrestag der gewonnenen Landtagswahl in einem weiteren Fachkongress der Frage widmen, welche Schritte über das Jahr 2010 hinaus die neue Landesregierung unserer Ansicht nach gehen muss. Zum einen müssen wir weiter Dampf beim Thema „Verwaltungsstrukturreform und Bürokratieabbau“ machen, zum anderen müssen wir u.a. überlegen, wie es nach dem Schulgesetz in der Schulpolitik weitergeht. Dazu gehört die Frage, ob wir nicht so mutig sein sollten, vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung die Klassen- und Kursgrößen zu reduzieren, um noch effektiver individuell fördern zu können!

Liebe Freundinnen und Freunde!

Jürgen Rüttgers hat im Rahmen der Wahl von Hendrik Wüst zum Generalsekretär gesagt: „Wir vertrauen der jungen Generation in unserem Land“. In der Tat haben neben Hendrik Wüst und Phillip Missfelder mit Thomas Jarzombek, Thomas Kufen, Kerstin Stäck und Jens Spahn viele JU´ler verantwortungsvolle Positionen in der Landes- und Bundespolitik. Viele von uns tragen darüber hinaus als Ratsmitglieder, sachkundige Bürger, Fraktionsvorsitzende,

Bürgermeister, Ausschussvorsitzende Verantwortung in den Kommunen. Dies ist das Ergebnis langer, harter Arbeit und nicht selbstverständlich. Und ich möchte gemeinsam mit Euch und dem neuen Landesvorstand erreichen, dass dieser Erfolg keine Eintagsfliege bleibt.

Neben der Etablierung der Fachkongresse und der Arbeit der Arbeitskreise, bei denen im neuen Landesvorstand offen über eine Neuorganisation der Arbeitsabläufe geredet werden muss, möchte ich 4 weitere Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit nennen.

1. Wir werden die Mitgliederwerbung und -betreuung weiterhin zu einem wichtigen Bestandteil unserer Arbeit machen. Ziel muss es sein, die Mitgliedszahlen trotz der schwierigen Lage der Union zu steigern und die Abgänge aufgrund des Löschrundes 9 zu kompensieren.
2. Wir werden die Bildungsarbeit für unsere Mitglieder weiter vorantreiben! Jeder, der an unseren Veranstaltungen teilgenommen hat, weiß, dass es bei der JU eine gute Mischung aus Politik und Spaß gibt, die einen in der Persönlichkeitsentwicklung weiter nach vorne bringt.
3. Wir werden die Serviceleistungen der Geschäftsstelle ausbauen. Zukünftig wird es einen regelmäßigen JU-Pressespiegel für alle interessierten Funktions- und Amtsträger der JU und Musterpresseerklärungen für die Verbände geben.
4. Anfang des neuen Jahres werden wir in einer Umfrage klären, was die Verbände vor Ort vom Landesverband erwarten. Dabei werden wir vom Werbeangebot über die Biss 35 bis zum Internetauftritt alles einmal bewerten lassen!

Dies alles dient einem Zweck! Die Junge Union muss ihre Rolle als „Antreiber und Motor der CDU“ weiter ausbauen. Gemeinsam mit dem Landesvorstand wollen wir einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass die Junge Union gut vorbereitet in die Jahre 2009 und 2010 gehen kann. Gut vorbereitet heißt für mich, dass wir wieder viele kompetente junge Kandidaten für alle Wahlen aufstellen, an denen die CDU nicht vorbei kann. Wir müssen den Verjüngungsprozess unserer Mutterpartei fortführen, damit uns ein Vierfachtriumph gelingt. Im Frühjahr und Sommer 2009 wollen wir die Europa- und Kommunalwahlen gewinnen und unsere Stellung als drittstärkste Kraft in den Kommunalparlamenten nach CDU und SPD ausbauen.

Dann geht es weiter. 2009 bei den Bundestagswahlen wollen wir so stark sein, dass eine Koalition ohne die Sozis möglich wird! PAUSE

Die „Große Koalition“ hat ein Gutes. Die Leute erkennen immer mehr, dass es doch gravierende Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien gibt. Ich bin der festen Überzeugung, dass es der CDU gelingen wird, die Wahlen mit 40 plus X zu gewinnen wenn sie

1. ihr Profil durch die Grundsatzprogrammdebatte stärkt, wenn sie
2. die Wahl- und Strukturanalyse gewissenhaft durchführt und wenn sie
3. lernt, selbstbewusst einen emotional ansprechenden, argumentativ begründeten Wahlkampf zu führen. Um es in einem Satz zu sagen:

Die CDU muss einfach auf die JU hören!

Und schließlich wollen wir es 2010 schaffen, den historischen Wahlsieg von 2005 in NRW zu wiederholen!

Wir wissen, dass Nordrhein-Westfalen ein sehr vielfältiges Land ist. Diese Heterogenität zeigt sich besonders in den unterschiedlichen

regionalen Prägungen, die es sprachlich, kulinarisch, politisch und beim favorisierten Bier gibt und die von Rheinländern und den Westfalen auch gepflegt werden müssen. Feiern können beide- das durfte ich im Rheinland beim Pützchens-Markt ebenso erleben wie bei Libori in Paderborn.

Dass es jedoch auch Unterschiede gibt, wurde mir wieder mal bewusst, als ich im Rahmen meiner Vorstellungstour gemeinsam mit dem Aachener Bezirksvorstand das Rheinische Freilichtmuseum besuchen durfte, Udo Neisens würde sagen „besuchen musste“.

Ich wunderte mich schon sehr, dass ich als Westfale da überhaupt rein durfte, aber spätestens als mir klar wurde, dass jede Pointe des Museumsleiters auf meine Kosten ging, war mir auch klar warum. Alles, was der Rheinländer dem Westfalen immer schon mal sagen wollte, sich aber nicht traute, hat er an diesem Tag rausgelassen.

Aber die Strafe folgte auf dem Fuß. Die Bezirksvorstandssitzung sollte im Anschluss an den Museumsbesuch im Ratskeller stattfinden. Das Problem war nur: in dem Ort gab es zwei „Ratskeller“ und keiner wusste mehr so genau, in welchem denn nun reserviert war. Innerlich lächelnd dachte ich bei mir: „Einem Westfalen wäre das nicht passiert!“

Aber Spaß beiseite – wird sind uns alle einig, von Aachen bis Minden, von Mönchengladbach bis Meschede, dass dieses Land 39 Jahre lang unter Wert regiert wurde und jetzt mit der CDU aufblüht, auch weil im Gegensatz zur alten SPD-Regierungszeit alle Regionen vom ländlichen Raum bis zu den Ballungsgebieten gefördert werden.

Dies, liebe Freunde, muss so weitergehen; am besten mindestens 39 Jahre lang!

Dazu möchte ich gerne gemeinsam mit Euch und dem neuen Landesvorstand einen Beitrag leisten!

Ich bitte um Euer Vertrauen!